

Die AfD und ihre Widersacher

Quelle:

<https://www.campact.de/rechtsextremismus/argumente-gegen-die-afd>

Der angegebene Verweis führt auf die Internetpräsentation des Vereins *Campact.de*, der sich offenbar für die Erhaltung der gegenwärtig praktizierten Regierungspolitik einsetzt.

Campact e.V. ist eine Kampagnen-Organisation, die nach eigenen Aussagen vorgibt, unsere Demokratie zu verteidigen. Daraus ergibt sich zunächst die grundsätzliche Frage, warum *Campact* dann für die Parteien eintritt, die unsere Demokratie während ihrer Regierungszeit der letzten Jahre defacto abgeschafft haben. Das kann man nicht verständlich erklären. Die Parteien Rot-Grün-Gelb arbeiten konsequent gegen die Bevölkerungsmehrheit und wirken auf fast allen Gebieten für die Zerstörung der demokratischen Grundlagen in unserem Land. Das Vertrauen haben sie verloren. Das Volk, dem sie gemäß ihrem Amtseid verpflichtet sind, wird getäuscht, betrogen und belogen. Die AfD wird zum Feindbild erklärt, weil sie diese Politik zum Schaden Deutschlands aufdeckt. *Campact* verteidigt in keiner Weise unsere Demokratie, sie verteidigt nicht einmal die von der Volksmehrheit geforderte Grammatik der deutschen Sprache. Sichtbar an ihren Texten, deren von der Allgemeinheit abgelehntes Deutsch ich in den Zitaten unverändert belassen habe. *Campact* ist eine regierungsergebene Organisation, sie trägt aktiv dazu bei, die von der Regierung betriebene volksfeindliche Politik zum Schaden Deutschlands mit Hilfe der Manipulation der Bevölkerung in die Tat umzusetzen. *Campact* ist sich jedoch nicht darüber im klaren, daß man die AfD nicht schwächen kann, indem man sie zu diskreditieren versucht, sondern, wenn überhaupt, nur durch die Veränderung der Politik der Regierungsparteien. Denn diese Politik ist letztlich die Ursache dafür, daß die AfD dereinst entstanden ist. Und je länger diese zerstörerische Politik fortgeführt wird, desto stärker wird der Volkswiderstand und mit ihm auch die AfD. Die von den Autoren der *Campact*-Veröffentlichung aufgereihten 10 Argumente gegen die AfD, die von Halbheiten, Spekulationen, Täuschungen und Lügen getragen sind, führen als logische Folge nicht zur Schwächung der Partei, sondern zu ihrer weiteren Stärkung. Aber wie alle AfD-Gegner können sie das in ihrer ideologischen Verblendung nicht wissen.

Campact tönt lautstark, für 3 Millionen Deutsche zu sprechen. Es gibt dazu jedoch keine bestätigenden Erhebungen, so daß die Zahl ohne Not als kühne, selbstverherrlichende Spekulation eingeordnet werden kann. Ein Wahrheitsgehalt ist nicht erkennbar.

Nachfolgend zitiere ich ungekürzt einen Text, der auf dem *Campact*-Portal unter dem Titel steht:

10 Argumente, warum die AfD unwählbar ist.

Den Text gebe ich in schwarzer Schriftfarbe wieder, meine eingefügten Kommentare in **roter Schriftfarbe**.

Die AfD ist keine normale demokratische Partei. Aber was an ihr ist antidemokratisch? Warum ist die AfD gefährlich? **Gefährlich für wen? Für das Volk ist es nicht gefährlich, wenn eine Partei verlangt, die Politik zu beenden, die unser Land in den Abgrund stürzt. Und genau das ist die Politik der gegenwärtigen Ampelregierung. Das ist landesweit bekannt, warum *Campact* das nicht weiß, erschließt sich mir nicht.**

Im entscheidenden Moment fehlen einem oft die Argumente. Deshalb haben wir hier die zehn wichtigsten Gründe aufgeschrieben, warum wir die AfD für antidemokratisch

und rechtsextrem halten – und warum sie uns allen schadet. Sie schadet nicht uns, sondern den Kräften, die jegliche Kritik an der Politik der gegenwärtigen Regierung *antidemokratisch* und *rechtsextrem* nennen, die also die Freiheit der Meinungsäußerung abschaffen und sogar unter Strafe stellen wollen. Auf diese Weise sind letztendlich die Begriffe *antidemokratisch* und *rechtsextrem* zu sinnentleerten Worthülsen geworden, die ihre tatsächliche Bedeutung bereits verloren haben. Es muß klar gesagt werden: **Wir** (das ist die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands) und **die Regierung**, das sind zwei verschiedene Dinge.

1. Die AfD wird maßgeblich von Rechtsextremen gelenkt

Viele AfD-Politiker*innen zeigen nach außen ein bürgerliches Gesicht – hinter der Fassade wird der Kurs der Partei jedoch vielfach von Rechtsextremist*innen bestimmt. Thüringens AfD-Fraktionschef Björn Höcke durfte laut Gerichtsentscheidung sogar als **Faschist** bezeichnet werden. Hier wird ganz offen gelogen. Zitat aus <https://www.nordbayern.de/politik/>:

„Hamburg - Der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke ist nach Feststellung des Landgerichts Hamburg nicht gerichtlich zum Faschisten erklärt worden. In einer einstweiligen Verfügung untersagte das Landgericht dem FDP-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja, eine Äußerung, wonach ein Gericht Höcke als Faschisten eingestuft habe.“

Konkret:

- Drei Landesverbände der AfD (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt) sowie die Jugendorganisation Junge Alternative werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz als **gesichert rechtsextrem** eingestuft. Das ist praktisch ohne Bedeutung, weil der Verfassungsschutz zur Zeit damit befaßt ist, nicht das Grundgesetz, sondern die Regierung zu schützen. Er verfehlt mit dieser Arbeitsweise seine Aufgabe. Er stuft alles als rechtsextrem ein, was nicht im Sinne der Regierung und deren Politik zum Schaden des Volkes ist. Das bedeutet, dass sie mit ihrem rassistischen Weltbild und ihrer diskriminierenden Haltung gegenüber Minderheiten im Widerspruch zu unserem **Grundgesetz** stehen. Im Widerspruch zum Grundgesetz stehen eindeutig die Ampelparteien, mit deren Wirken seit Beginn der Wahlperiode Deutschland in den Ruin geführt wird. Die gesamte Partei gilt derzeit als rechtsextremer **Verdachtsfall**, sagt der Verfassungsschutz, der sich in seinem Auftreten als regierungskonformer Vollstrecker der Politik der Ampelregierung als Verdachtsfall für die Nichterfüllung seiner Aufgabe entpuppt. Rechtsextrem sind allenfalls die Grünen, die offen erklären, daß sie die Wählermeinung nicht interessiert. Das hat jüngst auch die chinesische Führung in einem Pressebericht artikuliert. Besonders dramatisch unter den Grünen ist Robert Habeck, der „Vaterlandsliebe stets zum Kotzen“ fand und mit „Deutschland noch nie etwas anzufangen wußte“. Nach meinem Verständnis muß eine solche Haltung zu seiner sofortigen Entfernung als allen Staatsämtern führen.
- Die AfD-Bundestagsfraktion beschäftigt über 100 Mitarbeitende aus dem **rechts-extremen Milieu**, darunter auch Personen aus dem Umfeld von Reichsbürgern und Neonazis. Ein ideologisches Schlagwort aus dem Hause *Campact*, im Kern wertlos, weil Beweise dazu fehlen.
- AfD-Politiker*innen verharmlosen immer wieder den **Nationalsozialismus**. Spitzenpolitiker wie **Maximilian Krah** und **Björn Höcke** ignorieren deutsche Kriegsverbrechen und benutzen nationalsozialistische Sprache. Das sind unwidersprochen nicht zu dulden Ausfälle. Widersprochen werden muß aber, wenn sie als Grundrichtung der Partei installiert werden sollen. Ohne die Berücksichtigung der

ablehnenden Reaktionen der Partei auf solche Ausfälle ist das vorgetragene Argument nichts anderes als eine vorsätzliche Diffamierung ohne Sachinhalt.

2. Die AfD steht für eine rassistische Politik

Bei dem von Correctiv aufgedeckten **Geheimtreffen** in Potsdam diskutierten AfD-Politiker*innen mit weiteren Rechtsextremen Pläne, wie sie Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund abschieben könnten. **Mit solchen Irreführungen der Regierungsorganisation Correctiv kann man nicht mehr punkten, sie sind entlarvt. Es sind Zerrbilder regierungstreuer Journalisten, die abseits der Realität erzeugt werden. Niemand hat derartiges verlangt.** Mehrere hochrangige AfD-Politiker*innen **bekräftigten** die Pläne danach öffentlich. Das Weltbild vieler AfDler*innen ist **völkisch-nationalistisch**: Sie propagieren die Idee einer kulturell einheitlichen Gesellschaft und werten Menschen mit Migrationshintergrund ab. **Das ist schon wieder gelogen. Abgelehnt wird die ungebremste illegale Zuwanderung, die durch unangemessene Zuwendungen aus den deutschen Sozialsystemen durch die Regierung gefördert wird. Befürwortet wird deren konsequente Abschiebung. Außerdem wird das genannte Treffen fehlerhaft eingeordnet, denn es waren mehr CDU-Politiker anwesend als AfD-Mitglieder.**

Konkret:

- Die AfD vertritt rassistische Positionen – z.B. wenn die Partei in ihrem Parteiprogramm die bloße Anwesenheit von Muslim*innen in Deutschland als „**große Gefahr**“ bezeichnet. Oder wenn AfD-Politiker*innen zwischen „Deutschen“ und „**Passdeutschen**“ unterscheiden, um Menschen mit Migrationshintergrund herabzuwürdigen. **Offenbar soll mit solcher Argumentation die vom Islam ausgehende Gefahr heruntergespielt werden. Es fällt nicht unter Meinungsfreiheit, wenn in Hamburg islamistische Aufmärsche das Kalifat und die Einführung der Scharia in Deutschland fordern. Es ist nicht zu akzeptieren, daß solche Veranstaltungen von den Staatsorganen genehmigt werden. Es ist auch nicht zu akzeptieren, wenn Muslime öffentlich äußern, daß für sie der Koran über dem Grundgesetz steht. Außerdem kann man den hohen Anteil von Ausländern an der Gesamtzahl der Straftaten in Deutschland in der Kriminalstatistik nachlesen. Messerattacken radikaler Islamisten auf sogenannte „Ungläubige“ sind eine Massenerscheinung geworden.**
- Das Grundrecht auf Asyl will die AfD laut ihrem Grundsatzprogramm (S. 60) abschaffen. **Eine völlig falsche Behauptung. Gemäß Ziffer 9.1.2 des Parteiprogramms, Seite 60, soll die Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme (Wirtschaftsflüchtlinge) aus Ländern, in denen keine Gefahr für die Flüchtlinge besteht, beendet werden, denn dies ist kein Asylgrund. Es geht also um die Durchsetzung des Asylrechts und nicht um seine Abschaffung. Das Asylrecht wird durch die gegenwärtige Regierungspraxis massiv unterlaufen, indem der Massenzulauf von Flüchtlingen, darunter auch die illegale Einwanderung, politisch unterstützt wird. Beatrix von Storch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, fabulierte sogar vom **Waffeneinsatz** gegen flüchtende Menschen an deutschen Grenzen.**
- Hochrangige AfD-Funktionäre wie Alexander Gauland verbreiten den rassistischen Verschwörungsmythos des „**Bevölkerungsaustauschs**“, der behauptet, das „deutsche Volk“ werde gezielt durch Migrant*innen ersetzt. Damit schüren sie Ängste und verstärken Rassismus und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft. **Mit dem ideologischen Schlagwort „rassistischer Verschwörungsmythos“ läßt sich aber nicht widerlegen, was Tilo Sarrazin (SPD) mit mathematischer Exaktheit nachgewiesen hat.**

3. Die AfD verbreitet gezielt Hass und Desinformation

Die AfD verbreitet Angst, Hass und Empörung, um Zustimmung für ihr rechtsextremes Gedankengut zu gewinnen. **Angst verbreitet weniger die AfD, sondern eher Habecks Gebäudeenergiegesetz, mit dem durch Wärmepumpen- und Solarzwang Hausbesitzer in die Armut getrieben werden. Angst verbreitet auch das exzessive Verschleudern unserer Steuergelder im Ausland, während für die Entwicklung des Landes keine Mittel vorhanden seien.** Mit **Desinformation und Verschwörungsmythen** erschüttert sie das Vertrauen in etablierte Medien, Wissenschaft und demokratische Parteien. **Ist zum Beispiel das Verbot der Verbrennungsmotoren für PKW eine Desinformation oder ein Verschwörungsmythos? Gewiß nicht. Kommt auch nicht aus der AfD. Das aber erschüttert das Vertrauen in die sogenannten „demokratischen“ Parteien. Ist die Klimakatastrophenideologie ein Verschwörungsmythos? Allerdings. Auch sie kommt nicht aus der AfD. Aber das erschüttert das Vertrauen in diese Parteien. Statt gesellschaftliche Probleme zu lösen, nutzt sie sie aus. Das ist eine weitere inhaltslose ideologische Floskel, allein, ihr fehlt die Aussage (siehe oben).**

Konkret:

- Die AfD verbreitet im Parteienvergleich am meisten Hate Speech auf **Facebook**. Ziel ihrer Hassrede sind überwiegend Migrant*innen. Wohin diese Hetze im schlimmsten Fall führen kann, zeigt der **Mord an Walter Lübcke**: AfD-Politiker*innen hatten im Vorfeld **Stimmung gegen den CDU-Politiker** gemacht und auch der Täter war ein **Unterstützer der AfD**. **Die Konstruktion solcher Zusammenhänge ist eine schon makabre Methode in der politischen Agitation. Es zeigt, daß Campact kein auch noch so unsachliches Vorgehen vermeidet, um ihrem haßerfüllten Groll gegen die AfD Luft zu machen. Jedoch entlarvt sich Campact mit einer solchen Agitationsstrategie selbst als ideologiegetriebener Haßverbreiter.**
- Fakten spielen für die AfD häufig keine Rolle: Immer wieder verzerrt sie die Realität nach Belieben. Das zeigte sich zuletzt, als die AfD Fotos der deutschlandweiten **Demonstrationen** gegen Rechtsextremismus als Fälschungen und Demo-Teilnehmer*innen als bezahlte Statist*innen bezeichnete. **Ich darf hier an die sogenannte „Kundgebung gegen rechts“ in Stralsund am 23. Januar 2024 erinnern, auf der mit SA-Manieren einem Diskussionsredner (einem Lehrer) das Mikrofon entrisen und er von der Bühne getrieben wurde. Das sind wirklich antidemokratische Vorkommnisse, die das Potential haben, die Campact-Darstellungen in einem anderen Blickwinkel zu sehen. Siehe auch <http://hauptplatz.unipohl.de/KundgebungGegenRechts.pdf>.**
- AfD-Politiker*innen **hetzen** gegen Schwule, Lesben, queere und trans Personen. Mit Begriffen wie „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“ will die AfD ein **Feindbild** aufbauen und Ängste bei konservativen Wähler*innen schüren. **Auch das ist ein Zerrbild von Campact. Zweifel und Ängste in der Bevölkerung werden wohl eher erzeugt, wenn einige Schwule, Lesben und Transgender, die in unserer Gesellschaft durchaus geachtet sind, in einer arroganten Lautstärke auftreten, als sei die Kategorie Frauen und Männer veraltet, und nur ihre Lebensform sei der gesellschaftliche Standard. Und dagegen wendet sich nicht nur die AfD, weil solche Überbetonungen von Minderheiten als krankhaft angesehen werden.**

4. Die AfD greift die Presse und die Meinungsvielfalt an

Immer wieder diffamiert die AfD die unabhängige Presse: Beliebte **Kampfbegriffe** der AfD wie „Systempresse“ und „Lügenpresse“ benutzen bereits die Nationalsozialisten. Unabhängige und kritische Berichterstattung ist ein zentrales Element jeder funktionierenden Demokratie – wer sie einschränken will, ist kein Demokrat. **Diese Darstellung**

von *Campact* ist eine ausgereifte Absurdität. Im Land weiß beinahe jeder, daß es genau umgekehrt ist.

Konkret:

- Die AfD versucht immer wieder, unabhängige Pressevertreter*innen an ihrer Arbeit zu hindern: Sie versucht beispielsweise, Journalist*innen der öffentlich-rechtlichen Medien von Parteiveranstaltungen auszuschließen, wie zuletzt in **Bayern** oder beim Parteitag in **Thüringen**.
- Den **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** will die AfD auf ein Minimum herunterfahren: Sender wie der MDR in Erfurt oder der RBB in Brandenburg stünden dann vor dem Aus. Ein gefährlicher Schritt, denn unabhängige und zugängliche Berichterstattung ist in Zeiten von Desinformation wichtiger denn je.
- Wie Medien nach dem Willen der AfD funktionieren sollen, zeigt sich in den sozialen Medien: In **TikTok**, YouTube und Co. investiert die Partei so viel **Personal und Geld** wie keine andere Partei. Dort kann sie ungefiltert und ohne Quellenangabe Desinformation in ihrem Sinne verbreiten.

Diese gesamte Darstellung in der Ziffer 4. ist eine Farce. Wie es nämlich wirklich um die Presse- und Meinungsfreiheit im Lande bestellt ist, zeigen die Gesetzentwürfe der Innenministerin Nancy Faeser, nach denen unliebsame kritische Meinungsäußerungen zu unterbinden sind und sogar unter Strafe gestellt werden sollen. Der allgemeine Zustand unserer Pressefreiheit ist im Volk so hinreichend bekannt, daß keine Erklärungen dazu vonnöten sind. Eine Vielzahl von Journalisten hat dazu eindeutig berichtet.

5. Teile der AfD schrecken nicht vor Gewalt zurück

Zahlreiche AfD-Politiker*innen stellen regelmäßig **demokratische Institutionen** infrage. Björn Höcke behauptet sogar, Deutschland sei kein **Rechtsstaat** mehr. Mit solchen Aussagen möchten manche AfDler*innen gewaltsames Vorgehen rechtfertigen – unter anderem auch den Sturz unserer Demokratie. *Campact* verdreht die Tatsachen. Der Sturz unserer Demokratie wird durch die Ampelregierung zielstrebig vorangetrieben. Alle ihre wichtigsten Entscheidungen wurden gegen die Mehrheit der Bevölkerung getroffen. Mit zahlreichen Gesetzen wird unsere Wirtschaft zerstört, Traditionsunternehmen wandern ab, die freie Meinungsäußerung soll unterbunden und unter Strafe gestellt werden, jegliche Kritik an diesen Vorgehensweisen wird *rechtsextrem* und *antidemokratisch* genannt. An solchen Vorgängen ist die AfD eben gerade nicht beteiligt. Die nachfolgenden übertriebenen und auch fehlerhaften Darstellungen zeigen es auch nicht.

Konkret:

- Der Verfassungsschutz bescheinigte den Höcke-Anhänger*innen in der AfD **Rechtsstaatsfeindlichkeit**, z.B. wegen der Forderung nach Bürgerwehren oder der Verharmlosung von Rechtsterrorismus.
- In privaten Chats der AfD-Bundestagsfraktion fabulierten Abgeordnete von einem gewaltsamen **Umsturz**. Manche AfDler*innen wünschten Politiker*innen anderer Parteien **in den „Knast“ oder an die „Ostfront“**. Ein AfD-Landtagsabgeordneter drohte sogar mit der **Abschaffung** aller Parteien.
- Versuchter Staatsstreich und Terrorismusverdacht: Deshalb sitzt die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete **Birgit Malsack-Winkemann** derzeit in Untersuchungshaft. Sie soll den **Sturm auf den Reichstag** im August 2020 unterstützt haben.

6. Die AfD propagiert ein völkisches Frauenbild

In der AfD gibt es so **wenige Frauen** wie in keiner anderen Partei – und wenn es nach ihr ginge, sollten Frauen vor allem **Mütter** sein. Ihr Grundsatzprogramm enthält **sexistische Forderungen**, die der Gleichberechtigung schaden und diskriminiert Menschen, die nicht ihrem Idealbild von Familie entsprechen – beispielsweise Alleinerziehende (siehe Grundsatzprogramm, S. 44).

Konkret:

- Entsprechend dem traditionalistischen Familienbild sollen nach den Vorstellungen der AfD Kinder bis zum Alter von drei Jahren zu Hause betreut und „**Vollzeitmütter**“ bestärkt werden. Diese **rückwärtsgewandte Politik** hat Prinzip: In **Österreich** haben Rechtspopulist*innen bereits die Finanzierung von Frauenberatungsstellen und Gleichstellungspolitik radikal gekürzt. **Wenn die Betreuung Kinder bis zu drei Jahren durch ihre Mütter „rückwärtsgewandt“ genannt wird, dann hat Campact wohl ein gravierendes Wissensdefizit. Die pädagogischen Wissenschaften lassen keine Zweifel entstehen, daß Kleinkinder zu den Müttern gehören, bis sie eine beginnende selbständige Handlungsfähigkeit erwerben. Die aus der DDR bekannten Wochenkrippen, mit denen Kinder ihre Eltern nur an Wochenenden sahen, sind kein fortschrittliches Leitbild. Will Campact sie wieder einführen?**
- Hinter der Idealisierung von Mutterschaft und Mehrkindfamilien steht auch die völkisch-nationalistische und rassistische Vorstellung, den demografischen Wandel durch mehr „**deutsche**“ **Kinder** statt durch Einwanderung abzufedern. **Woher diese „Weisheit“ kommt, muß nicht erklärt werden?**
- Die AfD ist gegen Schwangerschaftsabbrüche (Grundsatzprogramm, S. 44). Damit reiht sie sich in ein internationales Netzwerk aus **Abtreibungsgegner*innen** ein: Rechtsextreme Politiker*innen, christliche Fundamentalist*innen und einflussreiche Geldgeber*innen wollen weltweit Abtreibungsverbote durchsetzen. In Polen und den USA hatten sie damit bereits Erfolg. **Nun, Abtreibungsgegner kommen wohl eher aus der katholischen Geistlichkeit als aus der AfD. Aber, wie ich schon ausführte, gibt es für Campact keine zur Diffamierung unangemessenen Mittel.**

Erneut wird hier substantiell gelogen. Nichts von der Ziffer 6. entspricht der Wahrheit. Der schädliche ideologische Gehalt der Darstellungen zeigt die ausgeprägt unsachliche Vorgehensweise von *Campact*. Der oben genannte Eintrag im AfD-Programm, Seite 44 hat folgenden Wortlaut:

„6.6 Alleinerziehende unterstützen.

Familien stärken

Die Alternative für Deutschland will die finanziellen Belastungen Alleinerziehender und Unterhaltspflichtiger korrigieren.

Nach Auflösung der Partnerschaft ergeben sich derzeit vielfach Schwierigkeiten bei der gemeinschaftlichen Ausübung des Erziehungsrechts. Nach einer Trennung muss es für beide Elternteile im Sinne des Kindeswohles gewährleistet sein, weiterhin an der elterlichen Sorge und dem Umgang gleichberechtigt teilzuhaben.

Die Anzahl Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern nimmt in Deutschland stetig zu, obwohl dieses Lebensmodell in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten, insbesondere aber für die betroffenen Kinder mit sich bringt. Zusätzlich zu der emotional belastenden Situation sind sowohl die Alleinerziehenden als auch die Unterhaltspflichtigen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

Die AfD strebt eine stärkere Anerkennung der Leistungen von Eltern im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht an. Dadurch werden neben den zusammenlebenden

Familien auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende besser vor Armut geschützt.

Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelternfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren.

Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern durch finanzielle und andere Hilfen in Krisensituationen stärken.“

7. Die AfD macht Politik für Reiche

Die AfD inszeniert sich als Partei der kleinen Leute. Doch das Gegenteil ist der Fall: Besonders **Geringverdiener*innen**, Rentner*innen, Mieter*innen und Arbeitslose würden unter der AfD-Politik leiden. Eine **Studie** hat gezeigt, dass die AfD durch ihre Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik gerade ihre eigenen Wähler*innen ärmer machen würde. **Aber welche „Studie“ gemeint ist, steht in den Sternen. Offenbar meint man bei Campact, das braucht man nicht zu wissen, die bloßen Behauptungen seien ausreichend.** Besonders radikale **Rechtslibertäre** in der AfD wollen zugunsten von Privatunternehmen sogar jede staatliche Regulierung und den Sozialstaat abschaffen. **Weitere Behauptungen ohne jeden Inhalt. Die Quellen für dieses Scheinwissen bleiben im Dunkeln.** Auch diese Positionen verbinden die AfD mit Rechten und Rechtsextremen **weltweit** – von der US-amerikanischen Tea-Party-Bewegung bis hin zum amtierenden argentinischen Präsidenten Javier Milei. **Mit solchen ideologischen Mißklängen kann man nichts anfangen. Es ist reine Hetze.** Auch die nachfolgend genannten Beispiele können die von **Campact** offenbar gewünschte Verunsicherung nicht erzeugen, denn Teile davon werden auch von Wirtschaftswissenschaftlern gefordert. Insbesondere trägt die gegenwärtige Handhabung des Bürgergelds zur Erziehung einer Generation von Faulenzern und Abwartenden bei. Das ist lähmend für die Wirtschaftsentwicklung. Das Leistungsprinzip wird so in der Gesellschaft zunichte gemacht.

Konkret:

- Die AfD will alle Steuern auf große Vermögen, Erbschaften und Schenkungen abschaffen (Bundestagswahlprogramm 2021, S. 35 ff). Spitzenverdiener*innen entlastet die AfD so stark wie keine andere Partei, Geringverdiener*innen hingegen kaum. In der Sozialpolitik plant sie einen Kahlschlag: Das **Bürgergeld** soll stark gekürzt und an verpflichtende Arbeit gekoppelt werden. **Sind für Campact solche als normal anzusehenden Forderungen ein Problem? Das ist kein „Kahlschlag“, sondern die Aufrechterhaltung des Leistungsprinzips. Wer nicht arbeiten will, hat nicht das Recht, sich seinen Lebensunterhalt vom Steuerzahler finanzieren zu lassen, heißt, von denen, die arbeiten. Ganz klar gesagt: Bürgergeld als bedingungsloses monatliches Geschenk ist ein Anachronismus.**
- Auch unsere Rente bedroht die AfD: **Also wie nun? Die Rente bedroht die AfD? Ich weiß, daß der Verfasser das nicht meint, ein Blick in ein Grammatiklehrbuch wäre hier gewiß von Nutzen gewesen.** Das feste Renteneintrittsalter soll wegfallen – nur wer **45 Jahre gearbeitet** hat, soll abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Das wäre für viele erst mit über 70 Jahren möglich. **Allerdings nur dann, wenn sie erst mit über 25 Jahren zu arbeiten begonnen haben. Das jedoch würde der Normalfall werden, wenn das Bürgergeld wie bisher gehandhabt wird. Beginnt ein Arbeitnehmer mit 18 Jahren zu arbeiten, hat er mit 63 Jahren 45 Arbeitsjahre.**
- Eine Erhöhung des **Mindestlohns** lehnt die AfD ab. Sie spricht sich gegen die Ausweitung von **Tarifverträgen** aus. Wirksame Maßnahmen gegen hohe Mieten wie eine Mietpreisbremse hält die AfD für „staatliche Überregulierung“ und will sie abschaffen (Bundestagswahlprogramm 2021, S. 170). **Das sind Halbwahrheiten. Der**

Mindestlohn für ungelernete Beschäftigte darf nicht über den Lohn eines Arbeitnehmers mit Berufsausbildung steigen. Tarifverträge sind Instrumente zur überregionalen Regulierung des Marktes. Das sollen sie auch bleiben. Die Mietpreisbremse ist ein Notbehelf. Der Staat hat die Aufgabe, den Wohnungsmarkt mit sozialem Wohnungsbau so zu sichern, daß Wohneigentümer von selbst ihre Mietpreise senken müssen. So funktioniert der Markt. Aber der finanzielle Anteil des Staats ist davon noch immer sehr weit entfernt. Lieber wirft man das Geld in die Welt.

8. Die AfD gefährdet durch Abschottung unseren Wohlstand

Die AfD will Abschottung: weniger Europa und keine Migration. Das käme uns teuer zu stehen. Ein **Rückbau der Europäischen Union** und die Abschreckung von Arbeitskräften aus dem Ausland würden unsere Arbeitsplätze, die deutsche Wirtschaftsleistung und damit die Ersparnisse aller gefährden. Hinter dem **Nationalismus der AfD** steht die Vorstellung, Deutschland sei anderen Ländern kulturell überlegen. **Eine sehr heftige Spekulation. Durch nichts begründet.** Die gegenwärtig regierenden Parteien verfolgen das Ziel, die Arbeitskräftesituation in Deutschland mit der Zuwanderung zu lösen. Das jedoch ist eine Illusion. Rund 90% der zugewanderten Flüchtlinge haben weder eine Berufsausbildung noch irgendeine andere Qualifikation, noch sprechen sie ausreichend deutsch. Sie werden auf lange Sicht die Sozialsysteme belasten und keine Leistung erbringen. **Das gefährdet unseren Wohlstand.** Bevor sie sich nicht in der deutschen Sprache verständigen können, wird es daran keine Veränderungen geben. Sie können nicht in den Arbeitsmarkt eintreten. Auch muß berücksichtigt werden, daß viele aus Kulturkreisen kommen, in denen völlig andere Auffassungen über Arbeitsdisziplin, Leistungsbereitschaft und Fachwissenstandard vorherrschend sind. Kaum ein gewinnorientierter Unternehmer wird solche Mitarbeiter einstellen wollen.

Konkret:

- Führende **Ökonom*innen** und **Unternehmer*innen** warnen vor der AfD. Der von ihr immer wieder ins Spiel gebrachte „Rückbau“ der EU und die **Rückkehr zu einer nationalen Währung** könnte Deutschland rund zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung und 2,2 Millionen Arbeitsplätze kosten. **Wertloses Gerede, solange nicht die Grundlagen für diese Berechnungen vorliegen. Oder sind die Zahlen einfach nur ideologisch zurechtgespekuliert? Wen will man denn mit solchen Fehlschätzungen beeindrucken?**
- Deutschen Unternehmen fehlen rund **1,7 Millionen Arbeitskräfte**. Diese Lücke kann in unserer alternden Gesellschaft nur durch Zuwanderung geschlossen werden. **Dieser substantielle Irrtum der Compact-Autoren zeigt ihr gravierendes Unvermögen, die deutschen Wirtschaftsprobleme zu verstehen. Die nachfolgende Passage zeigt das in aller Deutlichkeit:** Doch die AfD möchte die Zahl der Migrant*innen begrenzen und ausländischen Fachkräften den Zugang zum Sozialsystem erschweren (Europawahlprogramm 2024, S. 17–18). Die Folge dieser Abschreckung: Unsere Wirtschaftsleistung würde sinken, Unternehmen könnten ins Ausland abwandern – und mit ihnen wichtige Arbeitsplätze. **Die Abwanderung der Unternehmen ist in vollem Gange, jedoch nicht wegen der AfD, sondern wegen der ruinösen Wirtschaftspolitik der Grünen, die mit selbstverschuldeter Energiepreisexlosion und exorbitantem Bürokratismus Deutschland unattraktiv macht.**
- Wer AfD wählt, gefährdet unsere Gesundheitsversorgung: In Deutschland arbeitet rund eine Viertelmillion **ausländischer Fachkräfte** als Pflegekräfte und Ärzt*innen. Viele von ihnen denken angesichts des Rechtsrucks und des anhaltenden **Rassismus** darüber nach, Deutschland wieder zu verlassen. **Mit solchen üblen Ausfällen an Agitation und Propaganda zeigt sich die Zielstellung der gesamten Veröf-**

fentlichung: Angriffe auf den selbstdefinierten Erzfeind AfD, um damit die Fortsetzung der Politik der heutigen Regierung zu befeuern, die Deutschland als Wirtschaftskraft unvermeidbar auslöschen wird.

9. Wissenschaftsfeindlich: Die AfD will den Klimaschutz abschaffen

Die AfD sieht in Klimaschutzmaßnahmen eine „**Ökodiktatur**“ und möchte diese abschaffen. Besonders verheerend wäre das für unsere Kinder und Enkelkinder: Wenn wir das Klima jetzt nicht schützen, werden sie in einer **deutlich wärmeren Welt leben**, die von Wetterchaos, steigendem Meeresspiegel, Hungerkrisen und tödlichen Hitzewellen geprägt ist. **Klimafeindliche Positionen** sind typisch für den äußeren rechten Rand, von Donald Trump bis zu Geert Wilders. Von „Abschaffung des Klimaschutzes“ kann gewiß keine Rede sein, das ist das gezielte Agitieren mit Falschdarstellungen. Wohl aber geht es um die Unterbindung der entarteten Klimakatastrophenideologie, mit der die Völker in Angst und Schrecken versetzt und in die Armut getrieben werden. Konkret:

- Jahrelange internationale Forschung hat gezeigt, dass wir uns in einer menschengemachten Klimakrise befinden. Dennoch leugnet die AfD den menschlichen Einfluss auf die Erderwärmung und spricht in ihrem Europawahlprogramm 2024 von „irrationaler CO₂-Hysterie“ (S. 41). Eine eindeutig wissenschaftsfeindliche Haltung. In der Klimawissenschaft weiß man völlig eindeutig, daß die einseitige Verknüpfung der Klimaänderung mit dem CO₂-Ausstoß durch menschliche Tätigkeit falsch ist, weil damit alle anderen Einflüsse unberücksichtigt bleiben, von denen einige einen um Zehnerpotenzen größeren Einfluß auf das Klima haben, als CO₂. *Compact* weiß das natürlich nicht. Der Begriff CO₂-Hysterie ist deshalb nicht unbegründet. Unzutreffend ist hingegen der Begriff „menschengemachte Klimakrise“, der in der Wissenschaft nicht verwendet wird, sondern nur in der regierungsgeforderten Klimapanikideologie. Die AfD leugnet den menschlichen Einfluß auf das Klima nicht, weiß aber auch, daß sich das Klima der Erde seit ihrer Existenz durch kosmische und geologische Vorgänge ständig ändert und niemand in der Lage sein wird, diese Änderungen anzuhalten. Die Forderung kann deshalb nicht die Beendigung der Klimaänderungen sein, sondern die Anpassung an sie. Solches Wissen von *Compact* zu verlangen, wäre aber sicher vermessen
- Die AfD **fordert**, alle Klimaschutzmaßnahmen einzustellen, Kohlekraftwerke zu erhalten und die Förderung für erneuerbare Energien zu streichen. Hat nicht gerade Robert Habeck das Ersetzen der Atomkraftwerke in Deutschland durch Kohlekraftwerke durchgesetzt? Man sieht an dieser Argumentation, daß *Compact* gar nicht mehr weiß, welche Fakten vorliegen. Der forcierte Ausstieg aus der Atomenergie war ein Fehler, der direkt gegen den Klimaschutz gerichtet ist. Deshalb war er auch von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt worden. Die Folgen wären verheerend: Schon jetzt leiden einige Regionen in Deutschland unter Wasserknappheit und **Extremwetterereignissen**, wie beispielsweise der Flut im **Ahrtal**. Hier sieht man den desaströsen Wissensstand der Autoren des *Compact*-Beitrages, die mit solch abstrusen Konstrukten ihre ideologische Verblendung offenlegen. Sie glauben, ihre Argumente müßten nur genügend Panikpotential haben, dann wird man sie auch hinnehmen.

10. Die AfD gefährdet unsere Sicherheit

Ginge es nach vielen AfD-Politiker*innen, wäre das autoritäre Russland unter Putin Deutschlands wichtigster **Verbündeter**. Mit dieser Position gefährdet die Partei unsere Sicherheit und unsere Demokratie. Russische Akteure suchen ihrerseits die **Nähe zu**

rechtsextremen Parteien, um die Gesellschaften westlicher Länder in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Konkret:

- Die AfD sieht in Russland einen Verbündeten: Beide verbindet der Kampf gegen Gleichberechtigung und demokratisch-liberale Werte wie Pressefreiheit und Gewaltenteilung. Björn Höcke wünschte sich Russland kurz nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine als natürlichen **Partner** für Deutschland.
- Mehrere AfD-Abgeordnete stellen sich klar auf die Seite Russlands und geben den USA die Schuld am Krieg. Immer wieder reisen AfDler*innen trotz des Angriffskrieges nach Russland, etwa zur „**Wahlbeobachtung**“. Einige gaben in russischen Propagandasendern **Interviews**, in denen sie unter anderem Deutschland als Unrechtsstaat darstellten. EU-Spitzenkandidat **Maximilian Krah** hofft in seinem Buch sogar auf einen Sieg Russlands.
- Bezahlung aus Russland: Im Europawahlkampf 2024 sollen AfD-Kandidaten **Geld aus Russland** erhalten haben, um kremelfreundliche Propaganda zu verbreiten.

Und nun noch die Ziffer 10. Sie enthält ein Sammelsurium von Lügen, Falschaussagen, Halbwahrheiten und Verzerrungen. Man kann nicht alle im einzelnen kommentieren. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Sicherheit in Deutschland durch die willentlich von den Grünen getragene illegale Massenzuwanderung gefährdet ist. Sie hat bereits heute im ganzen Land dazu geführt, daß Frauen sich abends nicht mehr allein auf die Straße trauen, weil Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen keine Einzelercheinungen mehr sind. Die Sicherheit in Deutschland wurde auch durch die drei Frauen gefährdet, in der Folge von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und Lambrecht, die ohne militärische Kenntnisse und ohne irgend einen Bezug zum Militär in den letzten 9 Jahren die Führung des Verteidigungsministeriums dazu verwendet haben, die Bundeswehr kaputtzusparen, so daß sie nicht einsatzbereit ist. Das gefährdet unsere Sicherheit, nicht die AfD.

Insgesamt erkenne ich beim Lesen des *Campact*-Beitrages, daß ihre Autoren den Bezug zur Realität völlig verloren haben und in ihrer blinden Regierungsergebenheit aktiv zum Untergang Deutschlands beitragen. Deshalb betrachte ich diesen und ähnliche Vereine mit ausgeprägter Skepsis.

Für die eingeschränkte Lesbarkeit der Zitat-Texte (schwarz) bitte ich um Nachsicht. Zur Charakterisierung des Vereins habe ich keine Übersetzung ins Deutsche vorgenommen.